

Gustav Emil Robert BANSI

geb. 23.10.1870 Cholewitz (Westpreußen)

gest. 16.09.1935 Göttingen

Regierungspräsident (1932-1934); Dr. iur.

luth.



Gustav Bansi
Quelle: Ost- und Westpreußenstiftung
Bayern e.V., Oberschleißheim

Gustav Bansi wurde am 23. Oktober 1870 als Sohn des Rittergutsbesitzers Wilhelm Bansi und seiner Frau Mathilde, geborene Pfannenschmidt, in Cholewitz (Regierungsbezirk Marienwerder in Westpreußen) geboren. Nach Abschluss des Gymnasiums zu Thorn begann Bansi ein Studium der Rechte an der Universität in Leipzig. In den folgenden Semestern wechselte Bansi dann an die Albertus-Universität zu Königsberg, wo er seine erste juristische Staatsprüfung in der Wiederholungsprüfung am 28. September 1893 mit „gut“ bestehen sollte. Zum 1. Oktober begann er dann seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger. Aber schon nach knapp 3 Monaten trat er am 19. Dezember als Gerichtsreferendar in den Dienst des Oberlandesgerichts für den Bezirk Marienwerder. Die nächste Wegmarke seiner juristischen Ausbildung erfolgte am 15. Februar 1897 mit dem Vorlegen seiner Dissertation „Die Gebietshoheit als rein staatsrechtlicher Begriff durchgeführt“. Nach weiteren knapp zwei Monaten Militärdienst absolvierte er ab dem 17. Juni 1897 das obligatorische Referendariat im Regierungsbezirk Marienwerder.

Seine Ausbildung schloss er schließlich mit dem Ablegen der zweiten juristischen Staatsprüfung ab, die er, erneut in der Wiederholungsprüfung, am 19. Mai 1900 mit „gut“ bestehen sollte. Mittlerweile zum Regierungsassessor befördert begann Bansi am 29. Juni 1900 seine Tätigkeit als Hilfsarbeiter beim Landrat Julius Kraemer im Landkreis Allenstein (Ostpreußen). Zum 20. Juni 1903 kam er als Hilfsarbeiter in das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten nach Berlin und war ab dem Jahr 1904 in der Abteilung für die Verwaltung der landwirtschaftlichen und der Guts-Angelegenheiten tätig. Diese eigentlich nur zeitweilig gedachte Tätigkeit sollte Bansi jedoch auch in den folgenden Jahren ausüben. Allerdings wurde er dann doch vorzeitig zum 6. März 1906 von dieser Beschäftigung entbunden, um in Neidenburg (Landkreis Allenstein) als kommissarischer Landrat zu fungieren. Am 4. Februar 1907 wurde Bansi endgültig zum Landrat ernannt und übte diese Tätigkeit bis kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges aus. Er war maßgeblich an der Verbesserung des Straßen- und Schienennetzes, am Bau eines Krankenhauses und an der Schaffung einer Landwirtschaftsschule beteiligt. Am 1. Juli 1914 folgte Bansi nochmals dem Ruf ins Preußische Landwirtschaftsministerium. Nur einige Tage später wurde er jedoch als Hauptmann der Reserve zum 2. Ersatz-Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 94 „Großherzog von Sachsen“ nach Weimar eingezogen. Nach einer ersten Verwundung von der Front zurückgekehrt, bekam er eine feste Stelle im Landwirtschaftsministerium zugewiesen. Mit dieser Ernennung einhergehend war die Beförderung zum Geheimen und Vortragenden Rat. Nach dem Ausrufen seiner Verletzung wurde Bansi an die Ostfront kommandiert, wo er schließ-

lich erneut verwundet wurde und in russische Kriegsgefangenschaft geriet. Erst nach Ende des Weltkrieges im Jahre 1918 sollte der mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse ausgezeichnete Major der Reserve aus Sibirien zurückkehren. Wenig später begann Bansi schon wieder seinen regulären Dienst im Preußischen Landwirtschaftsministerium. Ab Anfang Oktober war er zudem Vorsitzender der Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorsäurehaltiger Düngemittel. Turnusgemäß wurde er dann im Juli 1919 von der Preußischen Staatsregierung zum Geheimen Oberregierungsrat und Ministerialrat ernannt, sodass er nur einen Tag später schon zum Mitglied der Reichsfuttermittelstelle und zum nichtständigen Mitglied der Reichszuckerstelle aufsteigen konnte. Zu dieser Zeit muss Bansi Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) geworden sein. Über seine Beweggründe und seine Aktivitäten für die Partei ist indes nichts bekannt. Erwähnenswert ist weiterhin die Verteidigung Bansis auf die Verfassung des Freistaats Preußen, die am 5. Februar 1921 erfolgte. Neben seiner normalen Diensttätigkeit saß der Geheime Oberregierungsrat zudem noch in der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, was ihm ein zusätzliches Einkommen einbrachte. Zwischen 1922 und 1928 spielte er eine kleine Rolle im Reichsrat, der föderalen Vertretung der Gliedstaaten in der Weimarer Republik. Bansi war als einer von neun Stellvertretern des Landwirtschaftsministers Dr. Hugo Wendorff bestimmt worden und nahm in dieser Funktion an mehreren Sitzungen des Reichsrats teil, die entweder mit seiner Tätigkeit im Landwirtschaftsministerium thematisch verwandt waren oder für die er aufgrund seiner Dissertation als qualifiziert erschien.

Wegen einer Wunde im Oberschenkel, möglicherweise eine Folgeerscheinung einer Kriegsverletzung, wurde er 1925 im Berliner Urban-Krankenhaus stationär behandelt. Von den Folgen dieser Wunde hat er sich wohl nie mehr ganz erholen können, denn noch im Jahre 1930 begab er sich deswegen zur Kur nach Königstein im Taunus.

Im Jahre 1932 führte Bansi Weg dann nach Ostfriesland. Die Reichsexekution Preußens am 20. Juli 1932 ebnete den Weg dafür. Diese auch Preußenschlag genannte Aktion, die unter dem Vorwand der Beseitigung des „Parteibuchbeamtentums“ vor allem gegen die Angehörigen der Weimarer Koalitionsparteien gerichtet war, stellte das Ende des demokratischen Freistaats Preußen dar. Im Zuge dieser Geschehnisse wurden viele unliebsame demokratisch denkende Amtsinhaber von ihren Posten enthoben. Ein spätes Opfer war der Auricher Regierungspräsident Jann Berghaus, der durch Beschluss des Preußischen Staatsministeriums vom 27. Oktober 1932 sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt wurde. Dr. Gustav Bansi erhielt indes am 29. Oktober 1932 ein Schreiben des Preußischen Ministers des Inneren, der ihm zunächst kommissarisch die Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Aurich zuwies. Bansi trat seinen Dienst am 4. November 1932 an, als er auf einer Regierungspräsidentenkonferenz anwesend war. Einen Tag später kam er zum ersten Male nach Aurich und besuchte noch am selben Tag den ihm schon seit längerer Zeit bekannten Jann Berghaus.

Der zuständige Provinzialausschuss in Hannover, der die Wahl Bansis noch bestätigen musste, lehnte dies jedoch mit Verweis auf Bansis Alter – er war zu dem Zeitpunkt bereits 62 Jahre alt – zunächst ab. Bansi wurde schließlich trotzdem, wenn auch erst nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und auch gegen deren Willen, im Mai 1933 endgültig im Amt bestätigt. In der Funktion als Regierungspräsident übernahm Bansi als Ersatz für Berghaus auch dessen Posten als Mitglied im Aufsichtsrat der Wilhelmshaven-Rüstringer Industriehafen- und Lagerhaus AG. Aber der Druck der Nationalsozialisten auf den Deutschnationalen wuchs zusehends. So sah er sich mit der Aufgabe konfrontiert, umstrittene Landräte und von der NSDAP heftig angegriffene Kommunalbeamte verteidigen zu müssen. Es gelang Bansi in vielen Fällen, die dienstlichen Qualitäten der Beamten herauszustellen

und damit die meist politisch motivierten Attacken gegen diese abzuwehren. In der Auseinandersetzung mit der Gauleitung stand er eher hinter seinen Untergebenen. Die Aussichtslosigkeit der Situation erkennend, bat Bansi von sich aus um Versetzung in den Ruhestand. Das Preußische Ministerium des Inneren gab dem Gesuch im September 1933 nach, versetzte ihn zum 1. Januar 1934 in den Ruhestand und beurlaubte Bansi bis auf Weiteres, sodass dieser am 12. September 1932 die Dienstgeschäfte seinem Stellvertreter übergab. Bansi verabschiedete sich mit einer in mehrerer Hinsicht bemerkenswerten Ansprache aus Aurich. Einerseits wurde darin deutlich, dass Bansi - trotz der großen Last einem hochangesehenen Ostfriesen wie Jann Berghaus nachfolgen zu müssen - es in den knapp 10 Monaten seiner Amtszeit geschafft haben muss, sich den Respekt und die Anerkennung seiner Untergebenen zu erarbeiten. Andererseits wird aber auch offensichtlich, dass er trotz des öffentlichen Drucks, dem er sich dienstlich mit allen Mitteln erwehrt, der Weltanschauung der NSDAP bzw. vielmehr dem Politiker Adolf Hitler doch eher nahegestanden hat.

Bereits zum 19. September wurde die Stelle des Regierungspräsidenten in Aurich mit dem SS-Mann Heinrich Refardt, der zunächst mit den Nationalsozialisten auffallend sympathisierte, neu besetzt. Damit waren alle entscheidenden Ämter der Region mit nationalsozialistischen Funktionsträgern besetzt. Bansi sollte Aurich am 25. November 1933 endgültig verlassen. Da er zunächst keine neue Unterkunft finden sollte, begab er sich auf Reisen. Erst Anfang 1934 fand er in Göttingen eine neue Bleibe, die er dann zum 15. April auch bezog. Nur knapp ein Jahr später verstarb Dr. Gustav Bansi unerwartet kurz vor seinem 65. Geburtstag. Er hinterließ seine Frau Elly, geborene Thon, und seinen Sohn Hans-Wilhelm.

Werke: Die Gebietshoheit als rein staatsrechtlicher Begriff durchgeführt, juristische Dissertation, Königsberg 1897.

Quellen: Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat für das Jahr 1901-1932; StAA, Rep. 16/1, Nr. 457-465 (Personalakten).

Literatur: Jann B e r g h a u s , Jann Berghaus erzählt, Lebenserinnerungen, Aurich 1967; Ingrid L a u f e r (Hrsg.), Köpfe der Heimat, Sammlung der Lebensbeschreibungen von Menschen, die in unserer Heimat gelebt und gewirkt haben, Auszüge aus den Neidenburger Heimatbriefen seit 1953, Meppen 2003; Inge L ü p k e - M ü l l e r , Eine Region im politischen Umbruch, der Demokratisierungsprozeß in Ostfriesland nach dem Zweiten Weltkrieg, Aurich 1998; Adalbert N o b i s , Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905-1945, München 1988; Dietmar von R e e k e n , Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn, Hildesheim 1991; Herbert R e y e r (Hrsg.), Aurich im Nationalsozialismus, Aurich 1993; Ders. (Hrsg.), Ostfriesland im Dritten Reich, die Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Regierungsbezirk Aurich 1933 – 1938 (Beiträge des Kolloquiums der Ostfriesischen Landschaft am 7. und 8. Februar 1992), Aurich 1999; Hedwig S c h r u l l e , Verwaltung in Diktatur und Demokratie, die Bezirksregierungen Münster und Minden/Detmold von 1930 bis 1960, Paderborn 2008; Gerhard W e i d u s c h a t , Ein Staatsstreich, die Reichsexekution gegen Preußen, Berlin 2007; Reinhold Z i l c h , Acta Borussica, neue Folge, Reihe 1: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817 - 1934/38, Bd. 12/1 + Bd. 12/2, Hildesheim 2004; Auricher Zeitung, Jahrgang 1932; Ostfriesische Nachrichten, Jahrgänge 1932 und 1933.

Porträt: Adalbert Nobis, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905-1945, Anhang.

Heiko Suhr